



EIN APPELL VON ERNST SCHARBACH

„Mut“ zur Wahrheit!

Nach den Beschlüssen des Ministeriums zur „Optimierung“ der rheinland-pfälzischen Polizei machten sich die Kollegen Bernd Becker, Heinz-Werner Gabler und ich mit tatkräftiger Unterstützung der Personalräte vor Ort auf den Weg quer durch RLP; zuvörderst zu den Polizei- oder Kriminalinspektionen, die geschlossen oder bei denen Organisationseinheiten zusammengelegt werden. Der Informationsbedarf auf den Dienststellen ist riesig. Mancher Überblick ging bei dem vielen Hin und Her verloren und so manche Zeile aus dem Ministerium bedurfte der Erläuterung.

Nach den vielen Gesprächen lässt sich feststellen: Die Polizistinnen und Polizisten sind über alle Hierarchiestufen hinweg in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Verhältnis zu der sie tragenden Politik schwerschwerstens verunsichert. Zur aktuellen Dramatik bei der Personalausstattung kommt der Ausblick in die besiegelte Zukunft: Die Aufgabenlast bleibt wie sie ist. Die Zahl der Stelleninhaber/-innen sinkt bis 2016 um 400 auf 9000. Umgerechnet auf Vollzeitäquivalente (VZÄ) werden es ca. 8300 sein. Kein Mensch kann sagen, wie es weitergehen soll.

Alles prima bei der Polizei?

Was mich aber am meisten erschüttert, ist das Faktum, dass die Wirklichkeit von den Inspektionen, über die Direktionen, zu den Präsidien und dem ISIM von unten nach oben immer schöner wird, bis schließlich bei der Politik ankommt, alles prima bei der Polizei in Rheinland-Pfalz. Wie kann das sein? Wer manipuliert hier? Oft wird der Vorwurf erhoben, dass die Politiker uns belügen. Wir sind einigen Fällen angeblicher Falschinformationen oder Schönfärbereien durch die Politik konkret nachgegangen. Hier ein beredtes Beispiel:

Nach dem alarmierenden Brief des GdP-Kreisgruppenvorsitzenden Detlef Maurer befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit der Lage der Polizei. Zusätzlich wollte MdL Matthias Lammert (CDU) in einer Kleinen Anfrage wissen, ob es zutrefte, dass Praktikanten als vollwertige zweite Kraft im Streifenwagen eingesetzt würden und ob Kollegen gegen die Vorschriften zur Eigensicherung auf der Wache alleine zurückblieben. Das Ministerium antwortete, dass dies grundsätzlich ausgeschlossen sei, da die Mindeststärke 1:3 betrage und dadurch gewährleistet sei, dass jeweils zwei Kollegen/-innen auf Streife, respektive auf der Inspektion seien.

Wie wir bei unseren Besuchen feststellten, aber vorher schon ahnten: Das stimmt nicht!

Fehler im System

Frage: Wo steckt der Fehler im System?

Wir haben nachgeprüft: Wenn die Verantwortlichen im Ministerium Anfragen aus dem parlamentarischen Raum beantworten (müssen), fragen sie die Daten akkurat bei den Behörden und Einrichtungen ab. Diese Daten werden 1:1 in die Antwort an den anfragenden Parlamentarier übermittelt.

Was aber melden die Behörden und Einrichtungen an das Ministerium? Hier fängt das Rätselraten an. Vermutlich gibt es vielerlei Ursachen und Fehlerquellen. Wie dem auch sei – sie konterkarieren, was den Parlamentariern vor Ort von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen erklärt wird. Sie strafen die Personalräte Lügen, die von der Personalnot in den Dienststellen berichten. Sie untergraben die Argumente der Gewerkschafter, wenn sie bei Haushaltsberatungen mit den Fraktionen diskutieren.

In einem Satz: Wir schädigen uns selbst! Das ist eine bittere Erkenntnis!

Beispiele: Der Schichtbeamte im Nachtdienst verschweigt bei der Stärkemeldung, dass einer kurzfristig ausgefallen ist – weil er anderen Kollegen/-innen den Zusatz-Nachtdienst ersparen will. Der Inspektionsleiter schweigt, weil er ohne Zauberkünste die geforderten 1:3 nicht gewährleisten kann, da die nötige Zahl der uneingeschränkt Dienstfähigen schlicht nicht vorhanden ist. Der Direktionsleiter schweigt, weil er es im Zweifelsfall nicht so genau wissen will, um nicht eingreifen zu müssen. Und so erbringt jede/r am Ende seinen kleinen Beitrag, warum oben beim Minister nicht ankommt, was unten jeder weiß. Und



Ernst Scharbach ist Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Rheinland-Pfalz und des Hauptpersonalrates Polizei beim Innen- und Infrastrukturministerium.

so schüttelt die Truppe den Kopf über die „gelogenen“ Antworten auf die Kleinen und Großen Anfragen.

Was „unten“ jeder weiß

Es werden Kolleginnen und Kollegen auf dem Papier im Schichtdienst geführt, die in Wahrheit für Sonderaufträge eingeteilt wurden, etwa weil sie aus dem Schichtdienst herausgezogen werden (mussten), um Unfallfluchten oder „Gewalt in engen sozialen Beziehungen“ zu bearbeiten. Statt ihren Dienst in ihrer Schicht zu verrichten, müssen die Löcher in den anderen unterbesetzten Schichten gestopft werden. Statt im Schichtdienst werden die Einzeldienstler in Eingreifgruppen eingesetzt, weil die Bereitschaftspolizei die Einsatzstärken nicht aufbringen kann. Um dem Zahlenfetischismus zu frönen, werden aus den Schichten heraus Sonderkontrollen gefahren. In den Kommissariaten werden Akten hin- und hergeschoben, weil sich kein Bearbeiter findet. Kollegen schilderten uns ihre Ängste, weil sie die unmittelbare Last der „gefährlichen entlassenen Straftäter“ im VISIER-Konzept spüren, die sie nachts um den Schlaf bringt.

Fortsetzung auf Seite 2



EIN APPELL VON ERNST SCHARBACH

Fortsetzung von Seite 1

Am beklagenswerten Ende schauen verantwortliche Politiker dem Gewerkschafter traurig in die Augen, weil sie nicht mehr wissen, wem sie was glauben sollen.

Wem soll man glauben?

Wo sind die Vorgesetzten, die dem Ministerium ungeschminkt die Wahrheit schreiben? Geht das auf dem Dienstweg überhaupt noch? Ja, ich kenne viele Kolleginnen und Kollegen, die unermüdlich auch als Vorgesetzte offen die Probleme ansprechen und deren Meldungen oftmals auf dem Dienstweg steckenbleiben. Gefordert sind nicht nur die Dienstgruppenleiter/-innen, Kommissariatsleiter/-innen oder Zugführer/-innen, gefordert ist jeder Vorgesetzte, egal ob bei den Inspektionen, Direktionen oder den Präsidien.

Wir brauchen Eure Hilfe!

Wir brauchen Eure Hilfe, Euren Mut zur Wahrheit! Auch wenn das bedeutet, dass Kolleginnen und Kollegen Zusatzdienste leisten müssen, dass Zahlen nicht mehr erbracht werden können, dass Mindeststärken einfach nicht zu halten sind. Wir müssen die Lage schonungslos offenlegen, noch ist die Chance nicht vertan.

Die Chance nutzen

Das Beamtenrecht wurde erfunden, damit die Beamten ohne Sorge um ihren Arbeitsplatz die Wahrheit sagen können. Das ist nicht immer bequem und bringt nicht immer ein Lob ein. Wir stellen uns „da draußen“ aber jedweder Herausforderung, von Schlägereien bis zum Schusswaffengebrauch. Dann werden wir auch

diesen Druck aushalten. Nur unter diesen Umständen können die Gewerkschafter und die Personalräte erfolgreich sein. Raus aus der Deckung! Visier hochgeklappt! Dafür ist keine „Flucht in die Öffentlichkeit“ notwendig.

Meldet die Lage wie sie ist. Wir stehen an Eurer Seite. „Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer, das laut zu sagen, was ist.“ (Rosa Luxemburg). Diese Form der Revolution wäre übrigens auch mit dem deutschen Beamtenrecht vereinbar!

Ernst Scharbach

Sommerreise fortgesetzt

Wie in der September-Ausgabe der DP berichtet, hatte die „Sommerreise“ der Mitglieder des GdP- und HPRP-Vorstandes noch weitere Stationen. Die dort entstandenen Eindrücke will die Redaktion den Lesern nicht vorenthalten:

GdP UND HPRP



Der Umzug von Schifferstadt, die hohe Einsatzbelastung und vielerlei andere Probleme wurden bei der Bereitschaftspolizei in Enkenbach angesprochen. Mit dabei: Ernst Scharbach, Heinz-Werner Gabler und Helmut Knerr.




Horst Zwank, Personalratsvorsitzender bei der PD Wittlich, organisierte die Besuche in Daun und Prüm.

Der hohe Altersdurchschnitt und der alltägliche Kampf um das Einhalten der Mindeststärke waren die beherrschenden Themen.



Heinz-Werner Gabler erläuterte die aktuellen Entwicklungen im Beamtenrecht.

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rlp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rlp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



GdP BEIM LKA

Fortschritte in schwieriger Zeit

Ernst Scharbach und Bernd Becker waren beim Besuch des Landeskriminalamtes von den Entwicklungen der letzten Jahre beeindruckt. LKA-Präsident Wolfgang Hertinger und sein Vertreter Eberhard Weber nahmen sich viel Zeit zur Vorstellung verschiedener Aufgabenbereiche sowie der Ergebnisse des Organisations-Entwicklungs-Projektes.



V. l.: Hertinger, Thönnnes, Scharbach



V. l.: Weber, Mönicke, Dr. Wenzel, Scharbach, Hertinger

Am Anfang des Besuchs beim LKA stand ein Austausch mit der Amtsleitung und dem Vorsitzenden des Örtlichen Personalrates, Holger Mönicke, über die allgemeine Situation und die Ergebnisse der hausinternen Überprüfung der Organisation.

TKÜ-CC wird AAO

Erste Station war dann das „TKÜ-CC“, das kurz davor steht, in die Allgemeinorganisation übernommen zu werden. Der scheidende Leiter, Michael Thönnnes, erläuterte Entwicklung und Situation. Mit der jetzt praxisreifen Technik ist das LKA Mainz im bundesweiten Vergleich sehr gut aufgestellt, erläuterte LKA-Chef Hertinger und sparte nicht an Lob für die Kolleginnen und Kollegen, die das Projekt vorangetrieben haben. Bernd Becker bedankte sich seitens der GdP insbesondere bei Michael Thönnnes für den guten Informationsaustausch. Hervorzuheben sei – so Ernst Scharbach – das gute Gelingen der Kooperation mit dem Saarland; das sei beispielgebend für andere Bereiche.

Erfolgsstory DNA

Dr. Rainer Wenzel bilanzierte nicht ohne Stolz die Entwicklung an der „Baustelle DNA“. Die komplett neue „Auswertungs-Straße“ führe dazu, dass die Fremdvergabe von DNA-Untersuchungen bald der Vergangenheit angehöre. Die neue Arbeitsumgebung beeinflusse nicht nur die Arbeitsqualität, sondern auch die Arbeitszufriedenheit der dort beschäftigten Menschen sehr positiv, waren sich Dr. Wenzel und Holger Mönicke einig. Wenzel warb noch einmal für die Einführung einer umfassenden DNA-Intern-Datetei. Diskutiert wurden Möglichkeiten, Quantität und Qualität der gesicherten DNA-Spuren in

Einklang zu bringen. Beim MEK wurde schnell klar, dass die zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichen würde, um den vielfältigen Problemstellungen gerecht zu werden. MEK-Chef Andreas Michel stellte seine Organisationseinheit und die Entwicklungen der letzten Jahre vor.

MEK: Vielfalt pur

Die kürzliche Personalverstärkung habe die Situation ein wenig entschärft; die Einheit stehe aber nach wie vor unter großem Druck. Nach Vorstellung einiger



V. l.: Michel, Hertinger, Scharbach, Becker

technischer Möglichkeiten und einem kurzen Zusammentreffen mit etlichen Kollegen anlässlich einer Einsatzbesprechung wurde vereinbart, dass das MEK einen eigenen Besuch Wert sein sollte, um in aller Ruhe alle Facetten zu besprechen.

MITGLIEDER

Westerwälder Senioren im GdP-Haus

Eine Super-Idee hatte der Vorstand der GdP-Kreisgruppe Westerwald/Rhein-Lahn. Kurzerhand wurde mit zwei Kleinbussen eine Seniorenfahrt nach Mainz organisiert. Chauffeure waren der KG-Vorsitzende Gerhard Jung und sein Vertreter Ralf Pörtner. Neben einem Stadtprogramm war auch der Besuch des GdP-Hauses in Mainz-Hechtshaus auf der Agenda der jung gebliebenen „Truppe“ um den Seniorengruppenvorsitzenden Manfred Mang. Auf der Geschäftsstelle erklärte deren Leiter Markus Stöhr die Arbeitsabläufe und so mancher Besucher konnte einmal das passende Gesicht zur Telefonstimme kennenlernen.



AUFGABENKRITIK

Sogenannte „Bagatell-Unfälle“ weiter aufnehmen

Immer mehr Aufgaben bei immer weniger operativem Personal – so stellt sich die Situation der rheinland-pfälzischen Polizei seit Längerem dar. Es bleibt immer weniger Zeit für die eigentliche Aufgabenwahrnehmung. Ein Auftrag jagt den nächsten. Kaum Zeit zum Durchatmen.

Diese plakativen Aussagen begegnen einem auf jeder Dienststelle, wenn man mit den dort beschäftigten Kollegen spricht.

Bei möglichen Lösungen kommt immer mal wieder der Gedanke auf, dass die Aufnahme von sogenannten Bagatellunfällen eine entbehrliche Aufgabe sei. Man muss sich dabei aber zunächst einmal fragen:

„Ist ein Bagatellunfall wirklich eine Bagatelle?“

Für die polizeiliche Aufnahme mag das meistens ja noch zutreffen. Wie sieht es aber mit den Unfallbeteiligten aus? Ist es für die auch nur eine Bagatelle?

Für viele Unfallbeteiligte handelt es sich um den ersten Unfall in teilweise

Jahrzehnte andauernder Fahrpraxis. Was dann bei einem Unfall zu tun ist, und das nicht nur an der Unfallstelle sondern auch in der zivilrechtlichen Abwicklung, ist vielen unbekannt.

Sie schätzen den Rat eines neutralen Polizeibeamten.

Aber auch für die Polizei ist die Unfallaufnahme, gerade bei den „Bagatell“-unfällen, die Möglichkeit einer „normalen“ Kontaktaufnahme mit dem Bürger. Dieser Bürger ist es wiederum, der sich später einmal vertrauensvoll an die Polizei wendet, wenn er etwas Ungewöhnliches beobachtet hat.

Und was kann die Polizei bei der Unfallaufnahme alles entdecken? Fahren ohne Fahrerlaubnis, Fahren ohne Versicherungsschutz und viele weitere Straftaten können aufgedeckt werden, nur weil

die Polizei sich die Zeit nimmt, um auch diese zunächst harmlosen Unfälle aufzunehmen.

Klares Bekenntnis

Es kann daher nur ein klares Nein zu Plänen geben, die die Unfallaufnahme von „Bagatell“-unfällen als entbehrlich ansehen.

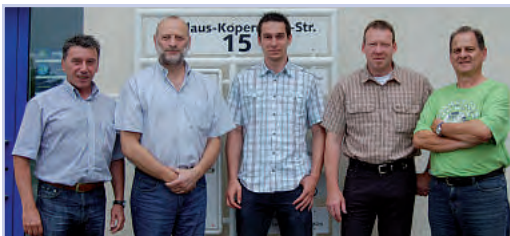
Viele andere Aufgaben, die die Polizei erfüllt, stellen keine Kernaufgaben dar. Daran gilt es (neben der Stärke) zu arbeiten! Wenn jede Behörde die eigenen Aufgaben wahrnehme, und zwar 24 Stunden am Tag, wäre das eine Entlastung der subsidiär zuständigen Polizei, die deutlich spürbar wäre.

Im Sinne einer Orientierung an Bürgerinnen und Bürgern, die unsere Hilfe in diesem Falle brauchen: Ende mit der Diskussion um die Aufnahme von Bagatellunfällen. Lasst uns an den RICHTIGEN Stellen ansetzen!

Andreas Fingerle, FA Schutzpolizei

EVALUATION DES BA-STUDIENGANGES

Theorie und Praxis verknüpfen



V. l. n. r.: Bernhard Schweitzer, Ernst Scharbach, Christoph Hantschke, Roland Grenner, Heinz-Werner Gabler

Die Module des 1. Bachelor wurden evaluiert, fast alle Dozenten ließen sich von ihren Studierenden bewerten und die Wirkungs-Evaluation, also die Prüfung, ob die Ergebnisse des Studiums den vor dem Lehrgang definierten Ansprüchen der Praxis genügen, läuft derzeit.

Der Hauptpersonalrat und die Gewerkschaft führen hierzu ergänzend Gespräche mit allen Beteiligten. Koll. Hantschke brachte in Absprache mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung

(JAV) engagiert die Interessen der Studierenden ein.

Er kritisierte insbesondere die unterschiedlichen Längen und Inhaltsschwere der einzelnen Module, den permanenten Stress durch die ständigen Prüfungen, die unterschiedlichen Schwierigkeitsgrade bei den Prüfungen, auch bei den Wiederholungsprüfungen, und die teils nicht nachvollziehbaren Inhalte der Prüfungsklausuren.

Lob für Praktika

Allgemein werden die Praktika in den Dienststellen und die Betreuung durch die Praxisanleiter gelobt. Auch das Engagement und die Unterstützung durch die allermeisten Dozentinnen und Dozenten seien positiv. Einigen auf der FH und im Einzeldienst seien die Verknüpfung von Theorie und Praxis noch nicht so ganz aufgegangen – das Konzept erleichtere aber die Studierbarkeit sehr, wenn man erkennen kann, wozu das Erlernete gebraucht wird.

KURZ & KNACKIG



Dr. Lars Brocker und GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach

■ Dr. Lars Brocker neuer Präsident

Zur Amtseinführung von Dr. Lars Brocker als Präsident des Obergerichtspräsidenten und des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz überbrachte Landesvorsitzender Ernst Scharbach die besten Glückwünsche der GdP.

Die Amtseinführung erfolgte durch MP Beck und JM Hartloff im Festsaal des Koblenzer Schlosses.

Dr. Brocker arbeitete bislang u. a. als Richter und zuletzt als Direktor des Landtages. Er übernehme eine wichtige Rolle für die Akzeptanz staatlicher Organe im Land, so Beck.



INTERVIEW MIT ANGELA DÜPPER

Homosexuelle Kolleginnen und Kollegen leben immer noch versteckt

DP: Hallo Angela, bist du in deinem neuen Amt schon angekommen?

Angela: Zwar ist mir die Thematik aus eigener Lebenserfahrung sehr gut vertraut, aber es gibt vieles, wo ich mich einarbeiten muss. Eine Herausforderung, die ich gerne angenommen habe.

nem Fall vermittelten wir den Betroffenen, nach mehrmaligen Kontakten, an eine Opferschutzbeauftragte des zuständigen Präsidiums.

In einer letzten Mail bedankte sich der Betroffene ausdrücklich bei uns für die gute Unterstützung. Das zeigt auch, dass eine

für dieses Nebenamt kommen können. Wichtig ist, die „Werbetrommel“ für uns anzukurbeln, damit möglichst viele erfahren, dass es diese Stelle bei der Polizei gibt.

DP: Wie kannst du dich fortbilden?

Angela: Eine Fortbildung ist ausdrücklich gewünscht. In den vergangenen Wochen waren mein Kollege Roland Kohn und ich in Stuttgart beim Bundesseminar des Vereins lesbischer und schwuler Polizeibediensteter (VelsPol). Themen waren dort: Diversity, Ansprechstellen anderer Bundesländer und rechtliche Stellung von Schwulen und Lesben in Deutschland und Europa sowie Probleme innerhalb der Polizei.

DP: Warum brauchen wir so eine Ansprechstelle, wo liegt das Problem bei der Polizei im Umgang mit gleichgeschlechtlich lebenden Menschen?

Angela: Wie überall in der Gesellschaft mangelt es der Polizei auch nicht an Vorurteilen. Das ist auch noch bei einigen Führungskräften so. Sicherlich ist vieles heutzutage moderner und toleranter geworden. Aber wir sind immer noch nicht dort angekommen, wo wir hin wollen. Diskriminierung von Schwulen und Lesben, auch am Arbeitsplatz, kommen leider immer noch vor. Homosexuelle Kolleginnen und Kollegen leben immer noch versteckt und damit verbunden unter einem hohen Leistungsdruck. Umfragen zeigen, dass gerade wieder junge Menschen mit Vorurteilen gegenüber Homosexuellen behaftet sind. Wenn Vielfaltigkeit und Toleranz in unserer Gesellschaft selbstverständlich geworden sind, dann können wir sicherlich unsere Arbeit einstellen.

DP: Vielen Dank für das Gespräch

Das Interview mit Angela Düpper führte Stefanie Loth, Vorsitzende der Frauengruppe in der GdP-RP



VORGESTELLT:

Angela Düpper, 41 Jahre, eingestellt 1989 in Wittlich-Wengerohr, nach der Fachprüfung I kurze Verwendung bei der BePo, dann Einzeldienst in Mainz, WSP St. Goar und Koblenz, Studium an der FHöV (23. Stg.), zuletzt Abwesenheitsvertreterin bei der WSP Koblenz, Wechsel zum LKA Januar 2012, dort beim Leitungsstab 03 Prävention, Opferschutz und Sicherungstechniken, privat in einer Lebensgemeinschaft.

Erreichbarkeit: 0 61 31/65-28 22

DP: Was macht die Ansprechstelle eigentlich?

Angela: Genau heißt sie Ansprechstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz. Wir kürzen sie ALG ab. Roland Kohn ist seit Anfang 2011 Ansprechpartner, ich bin seine Vertreterin seit Juni 2012. Unsere Aufgaben sind in einer Dienstvereinbarung geregelt. Wir sind Ansprechpartner sowohl für Kolleginnen und Kollegen aber auch für Bürgerinnen und Bürger. Es geht bei ersterem um innerdienstliche Probleme, die im Zusammenhang mit der eigenen Homosexualität stehen.

Aber auch Ratsuchende, im Umgang mit Homosexuellen, können sich gerne an uns wenden. Von extern können sich Gewaltopfer an uns wenden sowie auch Organisationen, die sich mit der Aufklärung und Prävention in diesem Bereich befassen. Einfach ausgedrückt, ist die AGL für alle da.

DP: Was hast du bisher an Anfragen erlebt?

Angela: In der kurzen Zeit meiner Amtseinführung hatte ich bis jetzt noch keine persönlichen Anfragen von Betroffenen aus der Polizei.

Zwei Hilfesuche kamen von außerhalb. Hier konnten wir behilflich sein. In ei-

Zusammenarbeit mit anderen Hilfeeinrichtungen, die es so gibt, unerlässlich ist.

DP: Und mit denen wirst du in Zukunft Kontakt aufnehmen?

Angela: Genau, die sozialen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die Sozialberaterinnen und Sozialberater als Beispiel will ich ansprechen, um uns auch dort erst einmal bekanntzumachen.

DP: Was hast du sonst noch vor?

Angela: Wir wollen mehr auf die Behörden und Einrichtungen zugehen. Eine erste Vorstellung der Ansprechstelle erfolgte in der Behördenleiterrunde und in einem Mitarbeiterbrief an alle BuE. In Planung befindet sich derzeit ein Symposium zum Thema „Diversity Management“, da werden wir auch eine Rolle spielen.

Bei den Studenten auf dem Hahn habe ich erstmals die Ansprechstelle im Modul 7, Handlungsfeld der Prävention, kurz vorgestellt. Dies soll auch weiterhin so stattfinden. Und dann wollen wir uns an externe Hilfeeinrichtungen wenden und eine mögliche Zusammenarbeit anstreben. Aber wie das immer so ist, es dauert, bis man einen gewissen Bekanntheitsgrad bei der Polizei und außerhalb erreicht hat. Mal schauen, wie weit wir mit durchschnittlich 10% der Arbeitszeit

Anzeige

PSW-RABATT?

0 61 31-9 60 09 31

anfrage@psw-neufahrzeuge.de



Zentralisierung der Bußgeldstellen im Erörterungsverfahren

Interesse an Dozententätigkeit?

Die LPS startet eine **Interessenabfrage** für die Tätigkeit als Dozentin/Dozent und als Lehrkraft in der Fortbildung sowie als Lehrkraft mit Lehrauftrag in der Ausbildung an der FHöV – Fb. Polizei.

Ausschreibung Pkw-Fu

Im **Ausschreibungsverfahren für Pkw-Fu** waren zwei Mitglieder des HPRP eingebunden, die auf die besonderen Bedürfnisse der „Arbeitsplätze“ (z. B. Verhinderung der Falschbetankung, Rollwiderstand von Reifen bei Nasshaftung, Lendenwirbelstützen für Fahrer und Beifahrer usw.) eingewirkt haben.

Bußgeldstellen: Erörterung mit StS'in Heike Raab

Im Rahmen der **Neuorganisation der Bußgeldstellen** fand ein Erörterungsgespräch mit der Staatssekretärin Raab, dem Abteilungsleiter Laux und weiteren ISIM-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Die Zentralisierung der Bußgeldstelle mit Sitz beim PP Rheinland unter Beibehaltung der Sachgebiete in den einzelnen Behörden ist entschieden. Personalbedarf, Personalauswahl und -einsatz wurden diskutiert und Kompromisslösungen gefunden. Die jetzigen Beschäftigten in den PV 6 gehören weiterhin ihren Behörden an und werden nicht zum PP Rheinland versetzt. Deutlich wurde,



dass das FM „die Finger im Spiel“ hat, was die Personalausgaben angeht.

Bedenken des HPRP zu den Vorgaben von Belastungszahlen, zu technischen Problemen oder zu Fragen rund um die Finanzierung wurden aufgenommen. Dem HPRP wurde eine umfassende Information über den weiteren Verlauf der Umsetzung der Zentralisierung zugesagt.

BOS-Software

Der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur **Einführung einer BOS-übergreifenden Einsatzsoftware** wurde zugestimmt.

Prüfauftrag KpS

Einem Prüfauftrag, ob eine **Digitalisierung und Zentralisierung der KpS** umsetzbar ist, wurde zugestimmt.

Ingressnahme abgelehnt

Die **Ingressnahme** eines Kollegen wurde abgelehnt, weil der HPRP in dem vorgetragenen Fall keine grobe Fahrlässigkeit erkennen konnte.

*Ernst Scharbach, Vorsitzender
Margarethe Relet, stellv. Vorsitzende*

Guter Start nach der FIII



Die Kollegin Corinna Koch an ihrem neuen Arbeitsplatz bei der PI Ingelheim.

Rundum zufrieden mit ihrer Tätigkeit nach Abschluss des Masters in Hilstrup zeigte sich Kollegin Corinna Koch bei ihrer Dienststelle in Ingelheim.

GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** interessierte sich besonders für den Nutzen des neuen modularisierten Lehrgangs und seinen Praxisbezug. Kollegin Koch ging es wie den meisten, auch den früheren Absolventen/-innen: Der Sinn vieler Themen erschließt sich erst, wenn man wieder in der Praxis angekommen ist. Von unschätzbarem Nutzen seien die Erkenntnisse aus der Einsatzlehre. Aber auch Problemstellungen rund um die Personalführung seien sehr schnell Realität geworden. Besonders gefreut habe sie sich über die freundliche, kollegiale und professionelle Aufnahme durch die Kolleginnen und Kollegen in der Inspektion – genauso wie durch die Vorgesetzten im Präsidium.

KOLLEGE LADINEK IM RUHESTAND

Einige gemeinsame Vorstellungen realisiert

Im Juli war es soweit, dass Hans-Jürgen Ladinek nach einer kleinen „Nachspielzeit“ endgültig und unwiederbringlich in den Ruhestand verabschiedet wurde.

Laudator **Bernd Römer**, Leiter der Polizeidirektion Ludwigshafen, wies auf Ladineks Engagement im „Krimi-Rat“ der Stadt Ludwigshafen und in der Gewaltprävention für Schülerinnen und Schüler auch darauf hin, dass der Neu-Pensionär



V. l.: Ernst Scharbach, Hans-Jürgen Ladinek, Heinz-Werner Gabler, Bernd Becker

25 Jahre lang Vorsitzender des Fachausschusses Kriminalpolizei in der GdP war und über viele Perioden im Hauptpersonalrat Polizei aktiv war. Römer fand es bemerkenswert, dass die GdP in „dieser Vielzahl und so hochrangig“ an der Verabschiedungsfeier teilnahm.

Ernst Scharbach erinnerte in seinen Abschiedsworten daran, dass es gelungen sei, einige gemeinsame Vorstellungen von einer bürgernahen und demokratisch verfassten Polizei Realität werden zu lassen.



Kreuzfahrt Rhone und Saone



GdP-Gruppenreise mit der A-ROSA LUNA
8 Tage vom 20.10. – 27. 10. 2012
ab 1019 Euro p.P. Doppelkabine (2-Bett-außen)

Machen Sie sich selbst ein Bild davon, warum Frankreich das beliebteste Urlaubsland der Welt ist: Erleben Sie acht Tage Savoir-vivre in Reinkultur. Sie starten in Lyon, der Stadt, in der sich Rhône und Saône küssen. Danach entdecken Sie die Weinbaugebiete der Côte d'Or mit ihren exzellenten Weinen und der einzigartigen Landschaft des Burgunds. Von dort geht es nach Arles und Avignon. Und am Ende? Möchten Sie Ihre Reise am liebsten noch einmal von vorn beginnen!

Reiseverlauf:

Lyon – Chalon-Sur Saone – Macon – Viviers – Arles – Avignon – Vienne – Lyon

Leistungen:

- Unterbringung in der gebuchten Kabinenkategorie
- A-ROSA Vollpension Plus an Bord mit Live-Cooking (Frühstück, Mittags- und Abendbuffet, Tee und Kaffeestunde, Mineralwasser (1 Flasche pro Person und Tag in der Kabine) und zu den Hauptmahlzeiten
- Getränkepaket SELECT-Premium zubuchbar (alle Gäste einer Kabine)
- Transfer Bahnhof-Schiff-Bahnhof
- Kostenfreies W-LAN
- Freie Nutzung der Schiffseinrichtungen und Teilnahme an den Bordveranstaltungen
- Hafen- und Schleusengebühren
- Halbtägige Stadtrundfahrt, sowie € 25 SPA Guthaben
- Deutsch sprechende Reiseleitung
- Umbuchungsgebühren
- Reisebegleitung durch PSW-Reisen GbR

Nicht eingeschlossen sind:

- Individuelle An- und Abreise (mit Bahn, Auto oder Flugzeug möglich, wir helfen Ihnen gerne)
- Landausflüge
- Getränke
- Versicherungen
- Persönliche Ausgaben (z.B. Frisör, Massagen, etc.)

Mindestteilnehmerzahl 15 Personen.

Da es sich um ein Sonderkontingent handelt ist die Buchung nur bis 15.10.2012 möglich

Auskunft über genaue Schiffsroute und Angaben zur Anreise sind erhältlich bei PSW-Reisen GbR, Thomas Cook Reisebüro

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 96009 23

Thomas Cook
www.psw-reisen.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de

**ALLES GUTE IM
RUHESTAND**

KG PP/PD Koblenz
Willi Roth
Hans-Mathhias Berg
Werner Zeimetz
Werner Emde
Robert Molitor

KG PD Mayen, **Richard Knechtges**

KG Neuwied/Altenkirchen
Hans-Helmut Brücker
Manfred Hehn

**WIR GRATULIEREN
ZUM GEBURTSTAG**

85 Jahre

Eleonore Apel, KG PP/PD Mainz
Karl Cussler, KG PD Kaiserslautern

80 Jahre

Barbara Rössler,
 KG Westpfalz

70 Jahre

Otto Hermann Werner,
 KG PP/PD Mainz

TERMIN KG KOBLENZ

**Mitglieder-
versammlung**

Am Dienstag, dem 30. Oktober 2012, 15.00 Uhr, findet im Raum 193 (neben der Kantine) eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe PP/PD Koblenz statt.

Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Sascha Büch, Schriftführer

DANK DER GdP

Interesse an meiner Gesundheit ...

Der Kollege Sandro Müller aus der Kreisgruppe WW/Rhein-Lahn schreibt zwei Jahre nach einem einschneidenden Ereignis an die GdP:

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Schreiben möchte ich rückwirkend meinen Dank an die Gewerkschaft der Polizei und insbesondere an die Herren Gerhard Jung und Markus Stöhr richten.

In meiner langen Zeit als Polizeibeamter des Landes Rheinland-Pfalz kam es des Öfteren zu brenzligen Situationen, in denen ich, wie auch viele andere Kolleginnen und Kollegen, Tag für Tag mit der eigenen Gesundheit für den Polizeiberuf einstehen. Und wenn es doch dann einmal zu körperlichen Beeinträchtigungen gekommen ist, war man häufig auf sich allein gestellt. Vielleicht gehört dies dann auch zum Polizeiberuf. Was aber zu allem Überfluss gängige Praxis ist, ist die Tatsache, dass man im Falle einer Verletzung im Dienst keinen Ansprechpartner hat, der einem mal alle Möglichkeiten aufzählt, welche dem Beamten selbst hilfreich sind. Es wird nur aufgezählt, welche Pflichten man hat.

Am 4. 7. 2010 ereignete sich in meinem Leben ein dienstlicher Vorfall, welcher sich auf mein gesamtes Leben und die Zukunft ausgewirkt hat und weiterhin auswirken wird. Während eines Einsatzes verletzte ich mich so schwer, dass ich kurzzeitig um mein eigenes Leben bangen musste. In der Folge wurde ich operiert und lag mehrere Tage im Krankenhaus. Schon hier durfte ich eine Fürsorge der GdP in Form von Herrn Gerhard Jung erfahren, welche ich in der Form



Freuen sich: Sandro Müller (l.) und Gerhard Jung

nicht kannte und schon gar nicht erwartet habe (ich kenne den direkten Vergleich, da ich vor meiner Mitgliedschaft bei der GdP Mitglied einer „anderen“ Polizeigewerkschaft war).

Schon im Krankenhaus wurden mir Behandlungen zuteil, welche ich ohne das genannte Engagement nicht erfahren hätte. Wahrscheinlich hätte man mir seitens des Dienstherrn oder der ADD irgendwann gesagt: „Ja, sie hätten ja gekonnt ...“. In der weiteren Folge meiner Genesung, welche mehrere Monate dauerte, erfuhr ich weiterhin seitens der GdP ein Interesse an meiner Gesundheit und meinem Wohlbefinden. Das tat nicht nur gut, sondern ließ für mich nicht alles so schwarz erscheinen.

Als ich dann nach rund einem Jahr wieder meinen Dienst aufnehmen konnte, war der Dienstunfall leider immer noch nicht abgeschlossen. Die Ablehnung der Anerkennung eines qualifizierten Dienstunfalles und das eigene Interesse, alle aufgelaufenen Rechnungen in voller Höhe erstattet zu bekommen, erinnerten mich jeden Tag an das, was geschehen war und machte mich oft sehr wütend. Auch in dieser Phase hatte ich

durch die GdP einen starken Partner. Herr Markus Stöhr kümmerte sich nicht nur um den Fall, nein, er gab mir auch das Gefühl, gehört und ernstgenommen zu werden. Die spätere gerichtlich durchgesetzte Anerkennung der Qualifizierung hatte auch ein wenig das Gefühl eines erlangten Sieges. Dieser „Sieg“ war alleine nicht zu schaffen. Vielleicht zweifelte man auch ein wenig an der Entschlossenheit von Herrn Stöhr.

Zwei Jahre nach dem eigentlichen Ereignis habe ich den ausreichenden Abstand gewonnen, um mich für das Geleistete zu bedanken. Auch wenn der eine oder andere jetzt sagen mag, dass es die Aufgabe der Gewerkschaft ist, sich um ihre Mitglieder zu kümmern und die rechtlichen Interessen zu wahren, verdient das Geleistete einen besonderen Dank.

Sandro Müller

WIR TRAUERN UM:

Christel Stillemunkes

88 Jahre

Ehefrau des Kollegen
 Willi Stillemunkes
 KG PP/PD Mainz

**Wir werden ihr ein ehrendes
Andenken bewahren.**

